



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
28.05.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Mit Zerlegung von Kernkraftwerken ausgelaste	4
28.05.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Atommüll soll bis 2100 in Lubmin bleiben	6
28.05.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Atomausstieg: Vorbild MV	9
28.05.2025 Passauer Neue Presse Stadt- und Landkreis Passau: „Zwischenlager wird länger als bis 2047 bestehen“	10
28.05.2025 Passauer Neue Presse Stadt- und Landkreis Passau: AKW-Zwischenlager wird zu Langfristlösung ausgebaut	11
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	12
28.05.2025 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt: Wirtschaft tritt auf der Stelle	13

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung

Mit Zerlegung von Kernkraftwerken ausgelaste

28. Mai 2025 | Medienart: Print



900 Mitarbeiter sind bei EWN im Lubmin noch über Jahrzehnte mit Entsorgung beschäftigt / Experten aus MV helfen auch im Westen

Der Rückbau des Kernkraftwerkes Greifswald ist aufwendig - und wird noch Generationen von Fachkräften Arbeit bieten. Auch beim Abbau westdeutscher Kernkraftwerke ist das Know-how aus MV gefragt. So wird ein Atom-Meiler zerlegt - ein Blick hinter die Kulissen.

Die Entsorgungswerke für Nuklearanlagen GmbH (EWN) in Lubmin sollen beim Rückbau der westdeutschen Atomkraftwerke helfen. Der ist zwar Aufgabe der jeweiligen privaten Betreiber, die machen sich aber das „Know-how“ aus MV zunutze.

„EWN beteiligt sich im Rahmen von Drittprojekten auch am Rückbau von Kernkraftwerken in den alten Bundesländern, zum Beispiel beim Ausbau von Komponenten oder der Konditionierung von Abfällen vor Ort“, bestätigt Unternehmens-Sprecher Kurt Radloff. Theoretisch dürfte das bundeseigene Unternehmen an der Ostsee auch „verstrahltes“ Material aus den „West-Meilern“ bearbeiten. Allerdings nur in geringen Mengen. Gelagert werden dürfte der Abfall aber nicht in MV.

Denn Hauptaufgabe der EWN bleibt der Rückbau des Kernkraftwerkes Greifswald und Rheinsberg. Und damit haben die rund 900 Mitarbeiter genug zu tun: Seit Ende der 1990er Jahre läuft der Rückbau. Von rund 600.000 Tonnen an „Reststoffen“, die behandelt werden müssen, wurde erst etwas weniger als die Hälfte „dekontaminiert“. Die Arbeiten werden noch Jahrzehnte dauern. Beschäftigung für mehrere Generationen.

Denn der Rückbau ist aufwendig - und die Arbeit bei EWN ebenso: Wer in der „Zentralen aktiven Werkstatt“ arbeitet, trägt stets ein Dosimeter bei sich. Sogar die Unterwäsche wird vor und nach der Arbeit gewechselt.

Mal schnell auf Toilette gehen - kaum möglich: In der Werkstatt gibt es keine Toilette. „Das Wasser könnte kontaminiert werden, müsste dann aufbereitet und schließlich auch gelagert werden“, erklärt EWN-Sprecher Radloff. Zu aufwendig, teuer.

Wer aus der Werkstatt hinauswill, muss zwei Messungen über sich ergehen lassen. Im Ganzkörperscanner. 40 Sekunden beim „gründlichen“ Durchgang. Dafür gibt es Tarif-Gehälter, 13 Zahlungen im Jahr.

Das niedrigste Einstiegsgehalt liegt laut Tarifvertrag bei 2367 Euro brutto, für Führungskräfte mit abgeschlossenem Hochschulstudium und besondere Verantwortung zahlt EWN mehr als 6300 Euro brutto. EWN beziffert den Durchschnittsverdienst mit 4683 Euro brutto. Bis April 2026 sollen die Gehälter laut noch nicht bestätigtem Tarifabschluss in zwei Schritten um sieben Prozent steigen.

In der „Werkstatt“ werden alle „schwach-radioaktiven“ Teile bearbeitet. Die Komponenten werden „klein geschnitten“, dann mit einer Art Sandstrahler oder Wasser von radioaktiven Partikeln befreit. Wurden sie „freigemessen“, kann das Metall wieder genutzt werden.

„Bei einem Teil der Materialien wird dies nicht möglich sein, diese werden durch die EWN dann so konditioniert, dass sie die Annahmebedingungen für das Endlager erfüllen“, so EWN-Sprecher Radloff. Für das Zerlegen braucht EWN mehr Platz: Bereits im Bau ist die neue Zerlegehalle. In ihr sollen sämtliche beim Rückbau angefallenen Großkomponenten - zum Beispiel die Reaktordruckgefäße oder die Dampferzeuger - in verschiedenen Phasen zerlegt und behandelt werden. Noch lagern die Erzeuger im Zwischenlager. Die Kosten für die Zerlegehalle werden voraussichtlich im hohen zweistelligen Millionenbereich liegen. Keine Kostenschätzung gibt es bisher für einen weiteren Neubau - für das Betonbearbeitungszentrum (BBZ). In dem sollen die Betonreste des Kraftwerks gebrochen und gereinigt werden. „Beton macht den größten Teil der Gesamtmasse der Kraftwerksblöcke aus.“

Direkt neben dem bisherigen ZLN soll der Neubau für die 74 Castoren entstehen, die in Lubmin lagern. Transportbehälter für den gefährlichsten Abfall des Landes.

„Estral“ heißt das neue Hochsicherheitslager - 24 Meter hoch, 130 Meter lang. Eigene Zäune, eigene Büros, umfangreiche streng geheime Sicherheitsmaßnahmen. Kosten: ein niedriger dreistelliger Millionen-Betrag, sagt Radloff.

Dort werden hoch radioaktive Abfälle und Kernbrennstoffe gelagert - Brennelemente aus den DDR-Kraftwerken Rheinsberg und Lubmin, Glaskokillen mit „Atom-Suppe“ aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe sowie Brennstäbe aus dem ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe und dem nuklear betriebenen Forschungsschiff „Otto Hahn“. „Darüber hinaus ist keine weitere Aufbewahrung von Kernbrennstoffen beantragt“, heißt es aus dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base).

Die EWN hat allerdings eine Genehmigung, auch „verstrahltes“ Material von Dritten in Lubmin zu dekontaminieren: „Diese Tätigkeiten beschränken sich jedoch auf sehr geringe Tonnagen. Im Anschluss an die Behandlung werden die Materialien dann wieder zurück zum Abfallverursacher transportiert. Die Behandlung von Reststoffen von Drittstandorten wird auch zukünftig sehr selten und nur in sehr geringem Maße erfolgen.“

Autor: Andreas Meyer



EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung

Atommüll soll bis 2100 in Lubmin bleiben

28. Mai 2025 | Medienart: Print



Genehmigung für neues Lager schon 2026? / EWN planen dreistellige Millioneninvestitionen

Die einzige Lagerstätte für radioaktive Abfälle im Osten Deutschlands rüstet auf. Bei Greifswald wird bis zum nächsten Jahrhundert strahlender Schrott eingelagert. Und die EWN sollen beim Abbau von West-Meilern helfen.

Ein Zurück zur Atomkraft wird es in Deutschland nicht geben, sagt die neue Bundesenergieministerin Katherina Reiche (CDU): „Der Ausstieg ist vollzogen.“ Doch mit den Folgen der Kernkraft wird auch der Nordosten noch bis weit ins nächste Jahrhundert beschäftigt sein.

Die Entsorgungswerke für Nuklearanlagen GmbH (EWN) in Lubmin rechnen inzwischen damit, dass frühestens nach 2100 der letzte Atommüll aus dem Seebad abtransportiert wird. Am Standort des ehemaligen Kernkraftwerks Greifswald werden deshalb dreistellige Millionensummen investiert. Unter anderem in ein neues Lager für Castoren mit radioaktivem Abfall. Und: EWN wird beim Rückbau im Westen helfen.

Alle 37 Reaktoren sind vom Netz, werden zurückgebaut. Landet der Atom-Abfall aus westdeutschen Kernkraftwerken bald in Lubmin? Nein, betonen die Entsorgungswerke und auch die Bundesregierung.

Deutschland ist beim Thema Entsorgung von Atommüll „zweigeteilt“: Radioaktives Material aus stillgelegten Kernkraftwerken in Westdeutschland wird in den Zwischenlagern der bundeseigenen Gesellschaft BGZ gelagert, Material aus DDR- und Bundeseinrichtungen bleibt - bis ein Endlager gefunden ist - in Lubmin.

„Derzeit hat die BGZ in ihren Zwischenlagern ausreichend Kapazitäten für die sichere Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle, die bei Stilllegung und Rückbau der abgeschalteten Kernkraftwerke entstehen“, so Sprecherin Janine Tokarski. „Eine Nutzung des Standortes Lubmin für Abfälle aus dem Verantwortungsbereich der BGZ ist nicht beabsichtigt“, sagt auch ein Sprecher des zuständigen Bundesfinanzministeriums.

Aber auch Lubmin rüstet auf. Anfang 2026 rechnen die EWN mit der Genehmigung für den Bau eines neuen Atommülllagers - des sogenannten „Estral“. Dort sollen ab 2030/2031 insgesamt 74 Castor-Behälter gelagert werden. Die stehen bisher im Zwischenlager Nord (ZLN), in Halle 8.

Doch das Zwischenlager gilt nicht mehr als sicher genug. „Die Sicherheitsanforderungen für die Lagerung von Castor-Behältern sind nach 2011 erhöht worden. Für uns resultiert daraus, dass wir neu bauen müssen“, sagt EWN-Sprecher Kurt Radloff.

Denn das neue Lager muss diversen, auch neuen Bedrohungsszenarien standhalten: Terrorangriffen, Beschuss, Großbränden, Hochwasser, Stürmen und sogar dem Absturz eines Flugzeugs auf das Lager. In keinem Fall darf eine erhöhte Strahlung austreten.

Zwei Mal im Jahr kommt radioaktiver Abfall aus Rheinsberg in Lubmin an. Was nicht dekontaminiert werden kann, lagert im ZLN. Vermutlich noch mehr als sieben Jahrzehnte: „Das Estral wird so lange benötigt, bis der Bund die aufbewahrten hochradioaktiven Abfälle abrufft, um sie einer Endlagerung zuzuführen. Das passiert voraussichtlich erst nach 2100, so Kurt Radloff. Seiten 6, 15

Autor: Andreas Meyer



Atomausstieg: Vorbild MV

EWN in Lubmin verfügt bereits über mehr als drei Jahrzehnte Erfahrung im Rückbau von Kernkraftwerken. Das Wissen aus dem Nordosten ist nun im Westen gefragt. Eine Erfolgsstory - vielleicht auch für den Bürger, kommentiert OZ-Chefreporter Andreas Meyer.

EWN in Lubmin verfügt bereits über mehr als drei Jahrzehnte Erfahrung im Rückbau von Kernkraftwerken. Das Wissen aus dem Nordosten ist nun im Westen gefragt. Eine Erfolgsstory - vielleicht auch für den Bürger, kommentiert OZ-Chefreporter Andreas Meyer.

Der Atomausstieg ist im Grunde genommen eine Erfindung aus MV. Denn der Nordosten war Vorreiter: Schon 1995 - und damit 28 Jahre vor dem letzten Westmeiler - wurde der letzte Kernkraftwerksblock im Nordosten stillgelegt.

Seitdem läuft in Rheinsberg und Greifswald der Rückbau. Und von dem Know-how aus MV sollen nun auch die Großkonzerne im Westen profitieren.

Das Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) soll beim Rückbau der Atomkraft in den alten Bundesländern helfen. Denn die Experten von der Ostsee haben knapp drei Jahrzehnte lang Fachwissen gesammelt und setzen weltweit Maßstäbe bei der Entsorgung der wohl gefährlichsten aller Abfälle.

Es wäre nicht das erste Mal, dass es sich für den Westen lohnt, vom Osten zu lernen. Am Ende könnte das auch für den Bürger eine gute Nachricht sein: Denn die Kosten für den Rückbau von Rheins-

berg und Greifswald zahlt der Bund. Er hat die Kraftwerke von DDR geerbt.

Während im Westen die Konzerne zahlen müssen, ist im Osten der Steuerzahler in der Pflicht. Und die Rechnung ist einfach: Je mehr EWN für Dritte, für private Kraftwerksbetreiber arbeitet, desto mehr Einnahmen erzielt der staats-eigene Betrieb (und braucht weniger Steuergeld). Am Ende könnte sich so das Know-how auszahlen.

Wörter: 230
Autor/-in: Andreas Meyer
Seite: 6
Ressort: Dialog
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 16.720 (gedruckt)¹
20.234 (verkauft)¹
21.834 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,06341 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 04/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

„Zwischenlager wird länger als bis 2047 bestehen“

Weil Ergebnis der Endlager-Suche nicht absehbar ist – 60 Millionen Euro Investitionen in die Sicherheit am Standort Isar

Niederaichbach.

„Aus dem Zwischenlager darf kein Endlager werden“: Das hat Landshuts Landrat Peter Dreier (Freie Wähler) bei einer Infoveranstaltung der BGZ (Gesellschaft für Zwischenlagerung) nur wenige Tage vor der Ankunft von sieben Castoren aus dem englischen Sellafield Anfang April deutlich gemacht. Derzeit lagern in Niederaichbach 95 Castoren mit hochradioaktivem Abfall aus Atomkraftwerken, deren Rücknahme gesetzlich klar geregelt ist. Das Zwischenlager neben dem Kernkraftwerk Isar ist bis 2047 genehmigt. Doch Investitionen von rund 60 Millionen Euro in den kommenden Jahren lassen den Schluss zu: Der Atom Müll könnte noch länger dort lagern. BGZ-Sprecher Stefan Mirbeth bestätigt dies: „Es ist noch kein betriebsbereites Endlager gefunden. Das Zwischenlager wird also deutlich länger am Standort bleiben.“ Gestern war Spatenstich für ein neues Funktionsgebäude.

„Ziel ist es, den Zwischenlagerbetrieb vom Kernkraftwerk Isar zu entkoppeln und so einen sicheren Betrieb auch nach dem Rückbau des Kraftwerks zu

gewährleisten“, erläuterte Dr. Michael Hoffmann, BGZ-Bereichsleiter, vor rund 60 Gästen. Die bundeseigene BGZ betreibt das örtliche Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle seit 2019. Die Maßnahme beginnt mit dem Bau eines Funktionsgebäudes für das Personal mit Werkstätten und einer Fahrzeughalle. Das dreigeschossige Gebäude mit einer Gesamtfläche von rund 2600 Quadratmetern ist für Mitte 2027 geplant. In weiteren Schritten folgen der Bau eines Wachgebäudes, einer separaten Zufahrt und einer eigenen Zaunanlage. Eine unabhängige Strom- und Wasserversorgung sowie neue Verkehrswege komplettieren die Baumaßnahmen. Dass das Wachgebäude noch nicht steht, heißt nicht, dass das Zwischenlager derzeit nicht bewacht ist. „Es ist keinen Tag unbewacht“, erklärt Stefan Mirbeth. Derzeit werde das Wachgebäude des Kraftwerks genutzt. Da das Atomkraftwerk ja rückgebaut wird, werde dies aber irgendwann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Auch wenn das Zwischenlager bis 2047 genehmigt sei, werde es doch deutlich länger in Betrieb bleiben, weil ein End-

lager noch nicht in Sicht sei, bestätigte Stefan Mirbeth auf Anfrage. Es gebe keine seriöse Schätzung, die BGZ rechne aber damit, dass das Lager bis in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts bestehen bleiben wird. Die Gespräche mit den Politikern vor Ort seien aber stets konstruktiv: „Es wird begrüßt, dass wir in die Sicherheit investieren“, erklärt der BGZ-Sprecher.

Momentan befinden sich nach dem letzten Transport aus Sellafield 95 Castoren in Niederaichbach. Bis Ende dieser Dekade werden es noch einige mehr werden. Bis 2028 werde das Kraftwerk brennstofffrei werden, so Mirbeth. Die Brennstäbe kommen dann fünf Jahre ins Abklingbecken und werden dann – ebenfalls in Castoren verpackt – auch im Zwischenlager aufbewahrt. Markus Luginer, Leiter des Zwischenlagers Isar, informierte, die Zahl der Mitarbeiter werde mittelfristig von derzeit 21 auf 25 wachsen. „Mit dem Ausstieg aus der Atomkraft ist das Thema nicht erledigt“, gibt Mirbeth zu bedenken. Man tue aber alles, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Wörter: 435
Autor/-in: Melanie Bäumel-Schachtner
Seite: 10 bis 10
Ressort: Bayern
Rubrik: Passauer Neue Presse - Ausgabe A
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 80
Nummer: 122
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 19.595 (gedruckt)¹
18.333 (verkauft)¹
18.536 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,05745 (in Mio)²

Weblink: <https://www.pnp.de>

Urheberinformation: (c) 2025 Passauer Neue Presse GmbH

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

AKW-Zwischenlager wird zu Langfristlösung ausgebaut

Niederaichbach. Um die Sicherheit des Atommüll-Zwischenlagers am Standort Isar in Niederaichbach (Lkr. Landshut) auch längerfristig zu gewährleisten investiert die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) rund 60 Millionen Euro.

Dies ist nötig, da das AKW Schritt für Schritt rückgebaut wird und eigene Betriebsgebäude für das Zwischenlager notwendig werden, wenn die Infrastruktur von Isar nicht mehr zur Verfügung steht. Da es noch lange kein

Endlager geben wird, rechnet die BGZ mit einem Betrieb des Lagers bis in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts. – mel/F.: BGZ/dpa

Wörter:	82	Jahrgang:	80
Seite:	01 bis 01	Nummer:	122
Ressort:	Politik	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	Passauer Neue Presse - Ausgabe A	Auflage:	19.595 (gedruckt) ¹
Medienkanal:	PRINT		18.333 (verkauft) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		18.536 (verbreitet) ¹
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,05745 (in Mio) ²

Weblink: <https://www.pnp.de>

Urheberinformation: (c) 2025 Passauer Neue Presse GmbH

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Wirtschaft tritt auf der Stelle

Gedrückte Stimmung: In MV geht noch immer jeder dritte Firmenchef von schlechter gehenden Geschäften in diesem Jahr aus. Nur an der Küste gibt es erste Lichtblicke.

SchwerinSorge an der Werkbank: Die Wirtschaft in MV kommt im Frühsommer 2025 nur langsam aus dem Konjunktural. In Ost-Mecklenburg und Vorpommern tritt die Wirtschaft nach wie vor auf der Stelle. In Westmecklenburg bleibt die Lage angespannt. Nur entlang der Ostseeküste hellen sich die Erwartungen etwas auf und seien „unerwartet deutliche konjunkturelle Fortschritte“ festzustellen, ergaben die am Dienstag vorgestellten Konjunkturumfragen der drei Industrie- und Handelskammern (IHK) in MV.

Vor allem in Westmecklenburg kommen die Geschäfte nicht richtig in Gang. Die Optimisten, die von besser gehenden Geschäften ausgehen, seien weiter auf dem Rückzug, stellte die IHK Schwerin fest. „Die Unternehmen sehen derzeit keine verlässlichen Perspektiven“, erklärte der amtierende IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Todt.

Eine verbesserte Auftragslage sorgt den Angaben zufolge wenigstens in Ost-MV für etwas bessere Geschäftserwartungen. Vor allem aber im Wirtschaftszentrum Rostock ziehen die Geschäfte offenbar wieder an. Die Konjunkturkennziffern gingen „merklich nach oben“, stellte die IHK Rostock fest.

Mit Ausnahme der Industrie und des Gastgewerbes würden in den Branchen des Rostocker Kammerbezirks zwar die negativen Geschäftserwartungen die hoffnungsvollen Aussichten überwiegen – aber nicht mehr so stark wie noch zu Jahresbeginn, ergab die Umfrage. Der Geschäftsklimaindex sei auf den höchsten Wert seit zwei Jahren gestiegen. Allerdings wären die positiven Signale noch immer nicht stark genug, um in der Wirtschaft das Ruder bei den

Investitions- und Personalplänen heranzureißen.

Die Skepsis der Unternehmen sitzt tief: Mehr als jedes dritte Unternehmen in MV erwartet in den kommenden Monaten schlechter gehende Geschäfte. Nur etwa jeder Zehnte erwartet, dass es aufwärtsgehen wird, so die Umfragen. Nach wie vor halten die Unternehmen in MV auch das Geld zusammen. Noch immer planen deutlich mehr Unternehmen, ihre Investitionen zu verringern, als sie zu erhöhen. Ein Drittel will in angesichts der Unsicherheiten in den kommenden Monaten die Investitionspläne zusammenstreichen. Zu groß die Risiken, die die Geschäfte infrage stellen, heißt es in Neubrandenburg.

Zu groß sei aber auch die Unsicherheit über die zukünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung. Jeder fünfte Firmenchef im Land will hingegen mehr investieren. „Damit es nach den verschiedenen Krisen der letzten Jahre wieder aufwärtsgeht, muss die Wirtschaft sehen, dass sie tatsächlich entlastet wird“, forderte Neubrandenburgs IHK-Chef Torsten Haasch. Die Erwartungen sind hoch: Vor allem die hohen Arbeitskosten setzen den Unternehmen zu. Knapp 60 Prozent sehen darin das größte Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, gaben die Unternehmer an. Jeweils mehr als die Hälfte sehen die Entwicklung zudem durch die hohen Energie- und Rohstoffpreise sowie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gefährdet.

Die Unternehmen drängten auf schnelle Ergebnisse bei der Deregulierung, Digitalisierung, der Kostenentlastung und der Umsetzung spürbarer Reformen, stellte die IHK Schwerin klar: Die Belas-

tungen für kleine und mittlere Unternehmen erscheinen mittlerweile nicht mehr tragbar. „Die Unternehmen brauchen Entlastung statt neuer Steuern und Abgaben, um wieder auf die Überholspur wechseln zu können“, forderte Schwerins IHK-Präsident Matthias Belke. Die Krise schlägt sich in MV auf dem Arbeitsmarkt nieder: Jeder fünfte Personalchef in MV will einem Teil der Beschäftigten die Papiere geben, nur acht Prozent zusätzliche Leute einstellen. Zwar versuchten die Firmen trotz der schwierigen Lage ihre Fachkräfte so lange wie möglich auf den Lohnlisten zu lassen. Das gelinge aber zunehmend nicht mehr, beobachtete die IHK Schwerin.

Die IHK Neubrandenburg sieht dennoch im Vergleich zum Jahresanfang eine „gewisse Stabilisierung“ auf dem Arbeitsmarkt: Noch immer erwarten zwar mehr Unternehmen einen Rückgang der Mitarbeiterzahl als einen Zuwachs. Jedoch gehen inzwischen drei von vier Unternehmen davon aus, dass sie ihre Belegschaftsgröße halten werden.

Die Arbeitslosigkeit in MV war zuletzt wieder über den Vorjahresstand gestiegen. Vor allem Langzeitarbeitslose in MV kommen immer stärker in Bedrängnis. Inzwischen ist die Zahl der Frauen und Männer in MV, die länger als ein Jahr nach einer neuen Arbeitsstelle suchen, auf einen der höchsten Stände seit Jahren gestiegen, ermittelte die Landesagentur für Arbeit. Im April waren knapp 39 Prozent aller Arbeitslosen seit mindestens zwölf Monaten auf Jobsuche, ermittelte die Landesagentur – insgesamt 25.295 Frauen und Männer, noch einmal 845 mehr als vor einem Jahr.

Wörter: 688
Autor/-in: Torsten Roth
Ressort: landmv
Seitentitel: landmv
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 9.988 (gedruckt)¹
11.203 (verkauft)¹
11.235 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,04345 (in Mio)²

¹ IVW 1/2025

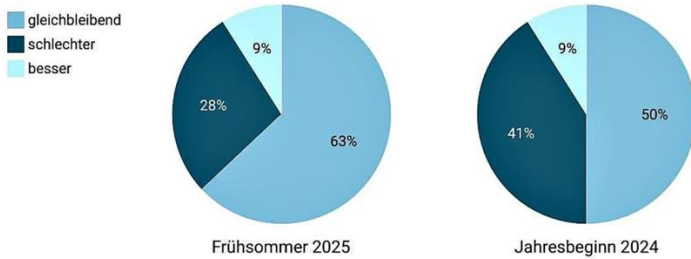
² AGMA ma 2024 Tageszeitungen



In der Industrie in MV haben sich sowohl die Geschäftslage als auch die Aussichten vor allem an der Küste deutlich verbessert.

So laufen die Geschäfte in MV in diesem Jahr

Geschäftserwartungen der Unternehmen in MV, Frühsommer 2025



Grafik: roth • Quelle: IHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2025 • Erstellt mit Datawrapper